

Auszug aus der Publikation von Klaus Schwabe: Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern, Friedrich Ebert Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, Reihe Beiträge zur Geschichte Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 4, (zitiert aus 4. Aufl. [electronic ed.]. - Schwerin : Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, 2007. - 88 S. = 540 KB, PDF-File. - (Reihe Geschichte Mecklenburg-Vorpommern ; 4) Electronic ed.: Schwerin : FES, 2013)

Ein weiterer erheblicher Herd des Aufruhrs war Stralsund. Wie in Rostock begannen auch hier am 17. Juni heftige Diskussionen unter den Schiffbauern zu den aktuellen wirtschaftlichen Problemen. Zunächst forderten sie die Rücknahme der Festlegung, dass qualifizierte Facharbeiter willkürlich von der Lohngruppe V in die Lohngruppe IV abgestuft wurden, die Normerhöhungen sollten rückgängig gemacht und die Preise für Nahrungsmittel gesenkt werden. In Kenntnis der Forderungen und Aktivitäten der Bauarbeiter in Berlin erhielt die Diskussion zunehmend politische Inhalte. So wurde beispielsweise gefordert: „Wir brauchen Parteien und nicht nur eine (SED).“⁴⁹ Demonstrativ wurde der Name Walter Ulbricht in einer Verpflichtung gestrichen, die zu Ehren seines Geburtstages zur vorfristigen Fertigstellung eines Loggers angebracht war. Die Schiffbauer waren bereit, zur Durchsetzung ihrer Anliegen in den Ausstand zu treten. Am Morgen des 18. Juni legten die Arbeiter im Maschinenbau und in der Rohrlegerei die Arbeit nieder. Sie waren erbost über den Ausnahmezustand zu dem es nach ihrer Auffassung in Stralsund keinen Grund geben würde. Sie waren der Meinung, dass dies eine Machtdemonstration und ein Versuch der Einschüchterung der Bevölkerung sei. Weitere Bereiche wie Ausrüstung, Schiffsbau und Malerei schlossen sich dem Ausstand an. Auch auf der Werft tätige Fremdfirmen traten in den Streik. Streikleitungen wurden gebildet. Gegen 8.00 Uhr formierten sich etwa 900 Personen vor dem Haupttor der Werft zu einem Demonstrationzug. Der Betriebsschutz vermochte sie nicht daran zu hindern, das Werftgelände zu verlassen. Die bereits in der Nacht in Alarmzustand versetzte Polizei hatte die Volkswerft und den Rügendamm abgeriegelt, um zu verhindern, dass es zu einer öffentlichen Demonstration im Stadtgebiet und zu einem Zusammenschluss mit streikenden Arbeitern anderer Betriebe kommt. Im Bericht des VPKA heißt es in diesem Zusammenhang: „Trotz dieses Aufgebotes nahm ein Teil der Arbeiter eine drohende Haltung gegenüber der VP ein“ (Zitat aus LA Greifswald. BDVP Rostock, 12/052). Diese Situation wurde dem Genossen Kommandanten sofort berichtet und es erfolgte nunmehr der erste Einsatz unserer Freunde in einer Stärke von 12 Mann. Auch gegen unsere Freunde wurde eine drohende Haltung eingenommen, so dass der Kommandant sich gezwungen sah, weitere Verstärkung heranzuziehen. Nach etwa einer Stunde wurden auf Befehl des Kommandanten drei Panzerspähwagen eingesetzt, mit überschweren Maschinengewehren.“⁵⁰ Einige der Arbeiter waren bereit, bis zum Äußersten zu gehen. Sie wollten unbedingt das Werftgelände verlassen und sich nicht den Weisungen des sowjetischen Kommandanten und der Polizei beugen. Über den Betriebsfunk wurde verkündet, wer sich dem Befehl

zum Rückzug widersetzt, hat „mit schärfsten Maßnahmen“ zu rechnen. Erst Warnschüsse aus den Maschinengewehren bewirkten eine allmähliche Auflösung der Demonstration und die Rückkehr an die Arbeitsplätze. Agitatoren wurden eingesetzt, die den Werftarbeitern erklärten, dass ihr Aufstand nicht zu gewinnen sei. 15 Arbeiter wurden verhaftet. In der Produktion wurde die Arbeit an diesem Tag nicht wieder aufgenommen